

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger**

Die Einführung einer Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger signalisiert neuen Bremerinnen und Bremern, dass sie in einem Land angekommen sind, das sie willkommen heißt und in der der Klimaschutz eine große Bedeutung hat. Durch die Beratung werden ihnen Möglichkeiten aufgezeigt, wie sie ihre individuelle Mobilität in Bremen klima- und umweltfreundlich wie auch kostengünstig gestalten können. Dabei kommen verschiedene Formen der Beratung in Betracht, die in einem „Neubürger-/Neubürgerinnen-Paket“ nach dem Vorbild Münchens miteinander kombiniert werden können. Dort wird eine Infomappe mit Informationen zum Thema Mobilität, ÖPNV, Carsharing, Taxi, Radwegen und einem Schnupperticket für eine Woche kostenloser ÖPNV-Nutzung verknüpft mit einer speziellen Neubürger-/Neubürgerinnen-Internetseite zur Beratung eines individuellen Mobilitätskonzepts. Dies ist eine kostengünstige Maßnahme des Mobilitätsmanagements, die die Nutzung des ÖPNV steigert. Die Prüfung der Einführung einer Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger unter Beteiligung der Verkehrsgesellschaften im Lande Bremen, des VBN, des ADFC und der Carsharing-Betreiber sollte möglichst zeitnah durchgeführt werden.

Die Beratung umfasst nicht nur die berufliche Mobilität, sondern auch die Freizeitmobilität. Die hohe Lebensqualität in unserem Land kann dabei für alle erschlossen werden. Auch ältere Menschen, die dem Trend zurück in die Städte folgen, brauchen Mobilitätsberatung. Berufsbedingte Verkehre sind auch zu berücksichtigen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept für die Einführung einer Mobilitätsberatung für Neubürgerinnen und Neubürger unter Beteiligung der Verkehrsgesellschaften im Lande Bremen und des VBN vorzulegen.
2. Der Senat wird gebeten, der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie bis zum dritten Quartal 2012 Bericht zu erstatten.

Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wolfgang Jägers,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD